

Das „unfriedlichste“ Land der Welt

Andrew Quilty

Ein Überblick über die Sicherheitslage in Afghanistan

Eine Reportage über die forbestehenden Gewaltlagen und -opfer in den afghanischen Provinzen Maidan-Wardak, Kundus und Nangrahar. Übersetzung, Bearbeitung sowie Zusammenfassung von Thomas Ruttig.

Insgesamt bewegen sich Krieg und Gewalt in Afghanistan auf unverändert hohem Niveau. Das Sydneyer Institute for Economics & Peace (IEP) ordnet Afghanistan in seinem im Juni 2020 erschienenen Global Peace Index 2020 (<https://bit.ly/32lbfKm>) im zweiten Jahr in Folge als weltweit „am wenigsten friedliches Land“ ein, also noch schlechter als Syrien. Seit 2014 erhöhten sich sogar „Umfang und Intensität des Krieges“. Weltweit kommen in Afghanistan die meisten Menschen in einem Krieg um. Zudem habe es auch die drittgrößten ökonomischen Verluste in Folge des Krieges erlitten, nämlich im Wert von 51 Prozent seines Bruttoinlandprodukts (BIP 2019). Beziffert wird der Verlust mit 56,5 Mrd US-Dollar. Mit 10,4 Prozent des BIP lag Afghanistan dem IEP zufolge hinter Nordkorea, Libyen und Syrien weltweit an vierter Stelle. (...)

Wieder Terror in Kabul

Der erneute Selbstmordangriff auf ein Bildungszentrum in Kabul am 24. Oktober 2020 hat ein weiteres Mal gezeigt, dass der Krieg in Afghanistan trotz Friedensgesprächen zwischen Regierung und Taliban in Katars Hauptstadt Doha nicht abflaut. Nach letzten vorliegenden Berichten wurden 31 Menschen getötet und 73 verletzt, als ein Mann in einer Gasse am Zentrum Kausar-e Danesch („Wissensquelle“) im Westkabuler Stadtteil Dascht-e Bartschi seinen Sprengstoffgürtel zündete. Der Attentäter traf vor allem Studierende auf dem Weg zum Zentrum, die sich in dem Zentrum auf ihre Uni-Prüfungen vorbereiten. Nach afghanischen Medienberichten hatte er den Eingang des Zentrums nicht gefunden. Im Inneren der Einrichtung sollen sich zum Zeitpunkt der Explosion bis zu 1.000 Menschen befunden haben.

In Dascht-e Bartschi im Südwesten Kabuls leben vor allem Angehörige der schiitischen Minderheit der Hasara. Im August 2018 hatte ein Selbstmordattentäter im selben Stadtteil 48 Menschen in einer ähnlichen Einrichtung umgebracht. Mitte Mai töteten als Polizisten verkleidete Angreifer dort in einem Mutter-und-Kind-Hospital Gebärende, Säuglinge und Krankenhauspersonal. Für die Überfälle auf die Bildungszentren übernahm der afghanische Ableger des Islamischen Staates (IS) die Verantwortung. Der Angriff auf das Krankenhaus war hingegen offenbar so übel, dass keine Gruppe sich dazu bekennen wollte. Aber auch dieser Anschlag entsprach dem anti-schiitischen Vorgehensmuster des IS.

Der Anschlag vom 24. Oktober würde darauf hindeuten, dass der IS nach heftigen Verlusten in seinen ostafghanischen Hochburgen Ende 2019 und Anfang 2020 seine Fähigkeit zu blutigen Terroranschlägen in den Städten bewahrt hat (<https://bit.ly/3k6b380>). (...)

Während ein IS-Angriff eher eine Ausnahme darstellt (UNAMA stellte für das erste Halbjahr 2020 einen Rückgang der vom IS verursachten zivilen Opfer um ein Drittel fest, <https://bit.ly/2lhQHvB>), haben die Taliban seit dem Doha-Abkommen (<https://bit.ly/2l8C5sx>) landesweit den militärischen Druck auf die Regierung hochgehalten (...).

Hingegen führen die Taliban eine ganze Reihe kleinteiliger Operationen hoch. Landesweit eroberten und zerstörten sie systematisch Kontrollpunkte der Polizei und regierungsfreundlicher Milizen sowie Armeebasen und übernahmen die Kontrolle über Verbindungsstraßen dazwischen. Dabei setzen sie regelmäßig von den Regierungstruppen erbeutete Fahrzeuge ein, die sie in rollende Bomben ver-

wandeln. Damit bauen sie Druck und Angriffspositionen für den Fall eines Scheiterns der Doha-Gespräche auf. (...)

Die Taliban haben zunehmend auch die Hauptstadt Kabul sowie die zur gleichnamigen Provinz gehörenden 14 ländlichen Distrikte in deren Umfeld im Blick. In den südöstlichen Distrikten Chak-e Dschabbar, Musahi und vor allem Sarobi – an der Straße Kabul-Daschlalabad – sowie in Paghman im Westen sind sie bereits seit längerem präsent. Im Juli berichteten afghanische Journalisten von „wochenlangen Kämpfen“ in Sarobi und Chak-e Dschabbar. In Sarobi feuern Taliban immer wieder auf Konvois auf dieser Straße; der letzte Fall wurde am 26. Oktober gemeldet.

Diese Distrikte werden v.a. von Paschtunen bewohnt. Doch auch im gemischten oder sogar tadschikisch-dominierten Norden, in der Schimali-Ebene und in Kohdaman (den Distrikten an der Ostabdachung des Paghman-Gebirges) haben seit der zweiten Hälfte vorigen Jahres Nadelstich-Operationen sichtbar zugenommen.

Vor allem aus dem Distrikt Qarabagh im Kohdaman wurden kleinere Angriffe und sogar vorübergehende Taliban-Kontrollposten gemeldet.

Im August scheiterte dort ein Attentat auf den Distriktgouverneur. Im Juli wurde dort bei einem Überfall auf seinen Konvoi der Vizepolizeichef der Nachbarprovinz Kapisa getötet. Ähnlich ging es Ende Juni dem Polizeichef von Nuristan bei der Durchfahrt durch Sarobi. Auch aus Guldara – ebenfalls im Kohdaman – wurden kleinere Gefechte gemeldet.

Anfang Oktober überfielen im Nachbardistrikt Kalakan vier Bewaffnete eine Hochzeitsfeier, zwangen die Feiernden nach „Taliban-Tradition“, die Musik einzustellen und zerbrachen die Instrumente

der Musiker. Der örtliche Gouverneur behauptete hinterher kontrafaktisch, in seinem Distrikt hätten die Aufständischen „keine aktive Präsenz“.

In diesen Gebieten bilden alte tadschikisch-paschtunische Feindschaften (also zwischen Anhängern der ehemaligen Nordallianz und der Taliban) sowie die Durchdringung durch mafiöse Banden, die mit örtlichen Nordallianz-Politikern verbunden sind und alte Rechnungen offen haben, das Substrat für Konflikte und das Wiedereindringen der Taliban. Auch scheint es, dass einige dieser kriminellen Netzwerke trotz ihrer politischen

es eine Rivalität mit dem örtlichen (tadschikischen) Dschamiat-Kommandanten Amanullag Gusar. Seit 2018/19 soll Dangars Bruder Gul Dschan aus seinem Exil in Pakistan wieder in Schakardara aufgetaucht sein. In den vergangenen Monaten gab es in Schakardara mehrere kleinere bewaffnete Zwischenfälle, aber es ist nicht klar, ob der Dangar-Bruder darin verwickelt ist oder Taliban aus Paghman oder Wardak infiltrierte sind. Mitte Oktober tauchten dort in Moscheen Flugblätter der „Taliban-Sicherheitskommission für Kohdaman“ auf, dass Angehörige der Regierungstruppen entweder ihre Jobs oder ihre Dörfer verlassen sollten, sonst



Eine Schule in Afghanistan.

Vergangenheit als harte Taliban-Gegner inzwischen zeitweiliger Kooperation nicht abgeneigt sind. (Es gibt dort z. B. das sogenannte „nördliche Entführernetzwerk“, das Entführte auch schon an die Taliban verkauft hat.)

Ein neuer Schwerpunkt hat sich im paschtunisch-tadschikisch gemischten Distrikt Schakardara im Kohdaman herausgebildet. Dort ist die Familie des 2004 in Pakistan ermordeten Taliban-Kommandanten Anwar Dangar aktiv, eines Naser-Paschtunen. Er gehörte ursprünglich zur Dschamiat-e Islami, schloss sich nach 1996 aber den Taliban an. Seither gibt

würden sie getötet. Das gleiche gelte für Richter und Staatsanwälte. Den Ältesten sei es nicht mehr erlaubt, ohne Taliban-Zustimmung in andere Distrikte zu reisen. Der Bevölkerung wurde es untersagt, sich in Begleitung von Regierungsangestellten zu zeigen oder gemeinsam mit ihnen zu reisen. Zudem dürften die Einwohner ihre Häuser nach zehn Uhr nachts nicht mehr verlassen. Die Bewohner nehmen diese Drohungen ernst.

Die Taliban stoßen auch zunehmend in die Stadt Kabul selbst vor und intensivierten wie in anderen Großstädten ihre gezielten Mordanschläge auf Regierungs-

beamte, Soldaten und Polizisten. In Kabul verwenden sie dabei vor allem Haftminen, die an Privat- oder Dienstfahrzeuge geklebt werden und oft auch Mitfahrer oder Passanten treffen. Fast täglich werden solche Vorfälle bekannt. Die letzten derartigen Fälle ereigneten sich im Oktober und November im Südwesten bzw. im Norden der Stadt. Drei Zivilisten in einem Fahrzeug des Handelsministeriums wurden dabei verletzt. Auch Pistolen mit Schalldämpfern kommen zum Einsatz. Am 23. August zählte die New York Times landesweit 17 solcher Vorfälle in einer Woche. Die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission registrierte für das erste Halbjahr 2020 landesweit 533 zivile Tote und 422 Verletzte von Mordanschlägen. (...)

Gleichzeitig eskalierte seit September in mehreren Provinzen die Lage. Am 18. Oktober zündeten die Taliban eine Autobombe nahe dem Polizeihauptquartier in der westafghanischen Provinz Ghor. Dabei wurden 16 Menschen getötet und 150 verletzt, die meisten Zivilist*innen. Darunter waren 18 von 22 einer Klasse behinderter Kinder, die in einem nahegelegenen Gebäude saßen. Dem waren Angriffe in den Distrikten Schahrak und Daulatjar und ein zurückgeschlagener Angriff auf das Distriktzentrum von Saghar. Mitte August nahmen die Taliban den im Oktober 2019 neu geschaffenen Distrikt Murghab ein.

Bereits im August waren die Taliban in der Provinzhauptstadt Farah nach gleichem Muster vorgegangen und hatten vier Menschen getötet. Auch dort unternahmen sie Vorstöße in die Vorstädte

der Provinzhauptstadt. Im September wurde dort sowie im ehemaligen Bundeswehrstandort Kundus in den Vororten gekämpft. In beiden Fällen konnten die Taliban nur durch US-Luftschläge gestoppt werden, was darauf hindeutet, dass die Lage kritisch war. In der Provinz Kundus hatten die Taliban schon im August im Distrikt Imam Saheb eine Armeebasis zerstört; Mitte Oktober ging im Geheimdienst-Hauptquartier in der Provinzhauptstadt eine Bombe hoch. Mitte September kamen im Distrikt Chanabad bei Luftschlägen der Regierung über zehn Zivilisten ums Leben.

Ein solcher Vorfall wiederholte sich am 22. Oktober im Distrikt Baharak in der Nordostprovinz Tachar. Die Regierung sprach von einem Schlag gegen angreifende Taliban, getroffen wurde aber eine Koranschule, ein Dutzend Kinder wurden getötet, ähnlich wie bereits 2018 in Kundus. Die Regierung bestritt das, obwohl selbst afghanische Medien Bilder gesendet hatten, die diese Tatsache belegten, und auch die afghanische unabhängige Menschenrechtskommission dies bestätigte (<https://bit.ly/357mpEr>). Vizepräsident Saleh sprach trotzdem von „fake news“ und ordnete die Verhaftung derjenigen an, die über die zivilen Opfer berichtet hatten (<https://bit.ly/3pbzeWn>).

Am 19. Oktober rückten die Taliban nach heftigen Kämpfen in einen Vorort von Faisabad ein, der Hauptstadt der Nordostprovinz Badachschan (<https://bit.ly/3p6Ku6d>). Die Stadt war bis 2012 ein Bundeswehr-Standort.

Weitere Autobomben gingen vor den Polizeihauptquartieren der Hasara-domi-

nierten Distrikten Dschalres (Maidan-Wardak; <https://bit.ly/32qkJEf>) und Kedschran (Daikundi; <https://bit.ly/2UjFYDr>) hoch; töteten jeweils über ein Dutzend Menschen. Etwas geringer war die Opferzahl einer Autobombe im Distrikt Ghani-chel (Provinz Nangrahar) am 5. Oktober (<https://bit.ly/3leLiUf>). In Dschalres hatten die Taliban Ende August mehrere Polizeiposten nahe dem Distriktzentrum eingenommen und dieses damit eingekesselt.

In Spiegelung ihrer Kabuler Terror-Kampagne erschießen die Taliban in der südlichen Metropole Kandahar mit Vorliebe Polizisten und Militärs von vorbeifahrenden Motorrädern aus. Auch solche Vorfälle ereignen sich beinahe täglich. In den Straßen der dritten Großstadt Herat nimmt die Zahl improvisierter Sprengsätze zu. In Herat sprengten sie im Oktober einen Strommast und legten die Elektrizitätsversorgung für die halbe Stadt lahm. Auch nahe dieser Stadt nehmen in mehreren Distrikten wie Paschtun Sarghun, Obek, Kohsan, Gusara und Koschk-e Kohna Taliban-Angriffe zu. Mitte Oktober nahmen die Taliban kurzzeitig das Distriktzentrum von Karoch ein, Heimat des deutsch-afghanischen Politikers und früheren Außenminister Rangin Dadfar Spanta. Bei Kämpfen im Distrikt Tschahar Bolak, gleich hinter der Stadtgrenze von Masar-e Scharif, wurden Mitte Oktober Wohnhäuser und die Ernte vieler Familien zerstört. ToloNews berichtete auch von „präzedenzloser Gewalt [Kämpfe] in den Distrikten Balch, Daulatabad, Scholgara, Tscharkent und Zari, alle in der Provinz Balch.“

Aus Ghasni, südlich von Kabul, reiste im Oktober die letzte Gruppe der dortigen Sikhs, einer jahrhundertlang dort ansässigen religiösen Minderheit, nach Indien aus. Ihr Sprecher Dilip Singh begründete das mit der „zunehmenden Unsicherheit“. Im April 2020 hatte der IS die Verantwortung für einen Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Kabul übernommen (<https://bit.ly/3laYGJ5>). Dabei wurden fast 30 Menschen umgebracht. Aber auch Ghasni selbst ist dauerhaft umkämpft.

Am 11. Oktober sorgten die Taliban fast für einen Abbruch der Doha-Gespräche. Sie rückten in der Südprovinz Helmand massiv auf die Provinzhauptstadt Laschkargah vor und hatten schon die Vororte erreicht, bevor sie auch dort durch massive Luftschläge gestoppt wurden. (...)

Durch die Kämpfe in Helmand wurden nach UN-Angaben 5.000 Familien (etwa

Vielen Dank!

Wir bedanken uns herzlich bei allen Autor*innen, Fotograf*innen und allen anderen, deren Engagement dazu beiträgt, dass dieses Magazin regelmäßig eine breite Palette von Themen der Migration und Flüchtlingssolidarität im nördlichsten Bundesland und weit darüber hinaus behandeln kann.

Als kleiner Verein sind wir auf die Mitarbeit der zahlreichen Ehren- und Hauptamtlichen angewiesen, die ihre Zeit für das Magazin Der Schlepper verwenden. Daher möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, sich an der Gestaltung von Der Schlepper zu beteiligen. Vorstellungen von besonderen Initiativen, Berichte über aktuelle Entwicklungen und Essays über spannende (Flucht-)Geschichten sind uns stets willkommen.

Die Redaktion von Der Schlepper
schlepper@frsh.de



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

35.000 Menschen) vertrieben. Landesweit betrug die Zahl der durch den Krieg neu Vertriebenen bis Ende August nach UN-Angaben 158.000 (<https://bit.ly/2GF8qfA>).

Ein von einem afghanischen Journalisten eingerichteter Monitoring-Dienst verzeichnete für den 26. Oktober 106 Meldungen über Kriegstote (12 Zivilisten, 8 ANSF-Angehörige, 86 Taliban) sowie 51 Verletzte (8 Zivilisten, 6 ANSF-Angehörige, 37 Taliban) in 19 Vorfällen in elf Provinzen.

Ende September zitierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im afghanischen Unterhaus, Arif Rahmani, eine afghanische Sicherheitsquelle, dass die Armee täglich „neun bis 13“ Luftangriffe fliege. Im am 26.10.2020 veröffentlichten neuen UN-Zivilopferbericht zu Afghanistan (<https://bit.ly/3pbBQDF>) wird darüber Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die zivilen Opfer solche Luftangriffe in den ersten neun Monaten 2020 (im Vergleich zum selben Zeitraum 2019) fast um 70 Prozent gestiegen sind.

Hingegen wird in den schon zuvor umkämpften Gebieten weiter und augenscheinlich intensiver gekämpft. (...) Das Risiko für Zivilisten, ins Kreuzfeuer zu geraten, hat dort zugenommen. In den formal von der Regierung beherrschten Gebieten (...) hat sich die Frequenz gezielter Operationen der Taliban auf militärische und Regierungsziele erhöht, und die Gefahr sogenannter „kollateraler“ Zivilopfer bleibt hoch. (...)

Der neue UN-Zivilopferbericht verzeichnete zwar insgesamt einen Rückgang der Zahl der zivilen Opfer in den ersten neun Monaten 2020 (im Vergleich zum selben Zeitraum 2019) um etwa 30 Prozent (2.117 Tote und 3.822 Verletzte), stellte aber fest, dies sei kein Effekt der Friedensgespräche in Doha.

Hingegen gibt es offenbar präzedenzlose Verluste bei den Regierungstruppen, deren Moral sinkt. (...) Am 22. Juni etwa tweetete der damalige Sprecher des afghanischen Nationalen Sicherheitsrates, Jawed Faisal, dass die vorangegangene Woche „tödlichste der vergangenen 19 Jahre“ gewesen sei, mit 422 Taliban-Attacken in 32 Provinzen, wobei 291 ANSF-Mitglieder getötet und 550 weitere verwundet worden seien.“ (...) Dazu kommt, dass aufgrund der seit Jahren stetig verschlechterten Sicherheitslage sowie der ausgedünnten internationalen Präsenz anzunehmen ist, dass viele Fälle von zivilen Opfern entweder nicht

bekannt werden oder nicht hinreichend untersucht werden können.

Maidan-Wardak

Die Provinz Maidan-Wardak (oft kurz nur „Wardak“) – gleich südlich der Hauptstadt Kabul – hat die größte Veränderung der Schlachtfelddynamik der drei von AAN besuchten Provinzen erlebt. (...)

Abgesehen von einem Anstieg der Angriffe auf ANSF-Posten während des Fastenmonats Ramadan im April und Mai, als einige Polizei-Kontrollpunkte überannt wurden, blieb die Gewalt gering. Ende Juni nahmen die Taliban-Angriffe dann erheblich zu. Die seitdem weiter eskalierende Gewalt hat die örtlichen Regierungstruppen in Furcht versetzt. (...)

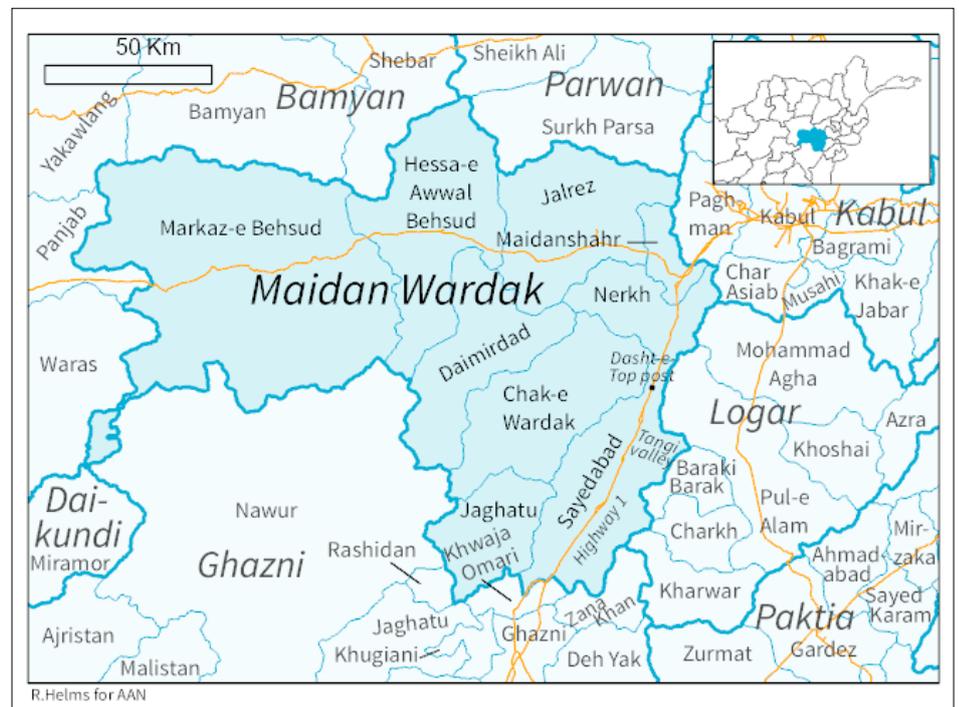
Humajun, ein Polizist unter Lal Muhammad, zeigte auf eine Kurve in der Straße südlich seiner Position. „In den letzten 15 Tagen konnte sich niemand nach Einbruch der Dunkelheit dort vorbei bewegen.“ Am 20. Juli hatte ein großer Armee-Konvoi beim Distriktzentrum

deutlich niedrige Opferzahlen verbreiteten.

Nasim, der aus Sajedabad stammt, aber in Kabul lebt, sagte AAN, dass Fahrer eines ANSF-Konvois kürzlich bei einem Besuch in Scheichabad ihre Fahrzeuge im zivilen Verkehr verteilt hätten, damit sie nicht von den Taliban angegriffen würden. „Die Taliban schießen nicht auf sie“, sagte er, „denn wenn dabei Zivilisten getötet werden, hilft das der Regierungspropaganda.“

Die größere Bewegungsfreiheit der Taliban hat auch zu einem deutlichen Anstieg des Einsatzes von improvisierten Sprengsätzen, sogenannten IEDs, gegen ANSF-Konvois auf der Ringstraße zwischen Kabul und Kandahar geführt. Zwischen dem südlichen Stadtrand Maidanschahrs und Dasht-e Top, 30 Kilometer entfernt, zählte AAN Anfang September 19 IED-Krater auf der Autobahn, die frisch aufgefüllt worden waren. Dazu kamen mehrere älter aussehende Krater. (...)

Zwischen den Besuchen von AAN im Juni und Juli eroberten die Taliban südlich von Maidanschahr mehrere Kontrollpunkte.



Sajedabad angehalten, als ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug neben ihm und anderen Fahrzeugen anhielt und detonierte. Einer Sicherheitsquelle zufolge seien dabei 39 Soldaten getötet und bis zu 25 Fahrzeuge zerstört worden, während Medienberichte unter Berufung auf Beamte des Verteidigungsministeriums

Am 3. Oktober wurde das gepanzerte Fahrzeug von Maidanschahrs Bürgermeisterin Sarifa Ghafari – der einzigen Frau in einem solchen Amt im ganzen Land – von Bewaffneten angegriffen, sie blieb aber unversehrt. (...)

Das Leben ist für diejenigen, die in der Nähe der Front leben, noch schwieriger

geworden. Das betrifft insbesondere diejenigen, die in der Nähe von Hauptstraßen oder in den Regierungsenklaven, einschließlich der Provinzhauptstadt Maidanschahr, leben. Sie können sich trotz des Doha-Abkommens nicht um ihre Felder kümmern.

Adam Khan lebt in Lalakhel am südlichen Stadtrand von Maidanschahr. Er sagte, dass die Polizei regelmäßig auf die unsichtbare Taliban-Kontrolllinie in der Nähe seines Hauses schieße, um sie in Schach zu halten. Wenn die Polizei auf der Straße patrouilliere, sagte er, „schießen sie die ganze Zeit. Wenn die Taliban nur eine Kugel abfeuern, feuert die Polizei 500 ab.“ Deshalb kann Adam Khan nur noch sehr früh am Morgen arbeiten.

Nurullah, ein 38-jähriger Bauer aus Kodai im Taliban-beherrschten Bezirk Tschak, erzählt, wie er an einem Juli-Abend sein Land bewässerte, etwa einen Kilometer von einer Polizeibasis entfernt, und seine beiden Söhne und ein Neffe in der Nähe spielten. Zu diesem Zeitpunkt gab es keine Kämpfe in der Nähe, sagte er. Dann landete wie aus dem Nichts eine Granate in der Nähe und die drei Jungen wurden von Splittern getroffen. Im Provinzkrankenhaus in Maidanschahr muss-

dem Doha-Abkommen habe die Polizei ihr Verhalten geändert: „Weil sie in ihren Basen festsitzen, schießen sie viel von dort.“

Ehsanullah, 32, ebenfalls aus Tschak, war an diesem Tag ebenfalls im Krankenhaus. Er beschwerte sich über den nächtlichen Artilleriebeschuss der Armee. „Wenn es dunkel ist, haben sie Angst und schießen ziellos mit Mörsern und Artillerie.“ Es sind Erfahrungen wie diese, die die Bevölkerung von Wardak weiter von der Regierung entfernen. „Wir haben kein Problem mit den Taliban“, sagte Ehsanullah. „Alle unsere Probleme kommen von der Regierung.“

Dr. Esmatullah Asim, der frühere Leiter des Provinzkrankenhauses, jetzt Mitglied des gewählten Provinzrates, stimmt der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung zu. Er verweist auf ein langjähriges Problem, das dazu beigetragen habe, den Taliban-Aufstand ab 2006 anzukurbeln. „Die Leute machen ihren Universitätsabschluss, aber es gibt keine Jobs. Sie sind arbeitslos und suchen nach Menschen, die sich ihre Probleme anhören.“ Jetzt, ohne den militärischen Druck der vergangenen Jahre, nutzten die Taliban die wachsende Distanz zwischen der

Entspannung durch das Doha-Abkommen konzentriert haben.

Ein hochrangiger Taliban-Militärkommandeur (der nicht namentlich genannt werden wollte) stimmte dem zu, sagte jedoch, dass die Rekrutierungsbemühungen mehr darauf abzielten, Mitglieder der ANSF zu gewinnen als bisherige Nichtkombattanten. Vor Angriffen sende die Taliban-Rekrutierungskommission Botschaften an die gegnerischen Soldaten oder Polizisten und fordere sie auf, sich zu ergeben, anstatt Widerstand zu leisten: „Wir versuchen, sie davon zu überzeugen, dass sie korrupte Menschen verteidigen.“ (...)

Kunduz

Außerhalb der Stadt Kunduz hatten die Taliban seit mehreren Jahren zeitweilig die Kontrolle über die drei Distriktzentren von Tschahardara, Dascht-e Archi und Qala-ye Sal. In jüngerer Zeit sind auch Chanabad im Osten, Aliabad im Südwesten und Imam Saheb im Norden unter anhaltenden Druck geraten. Drei neuen Distrikte (Gor Tepe, Aqtash und Kulbad) stehen größtenteils unter Taliban-Einfluss. Seit der Unterzeichnung des Abkommens von Doha hat ihr Druck noch zugenommen. Reisende, die die Straßen nach Chanabad und Aliabad benutzen, begegnen regelmäßig Taliban-Kämpfern, die offen Waffen tragen und Autofahrer an Kontrollpunkten anhalten. Dies ist besonders nachts der Fall.

An der nördlichen Stadtgrenze von Kunduz kommt es fast täglich zu Kämpfen. Faizullah, ein 45-jähriger Polizist, sagt: „Seit Beginn des Friedensprozesses verteidigen wir uns nur noch. Die Taliban haben uns letzte Nacht hier angegriffen. Manchmal kommen sie von allen Seiten und umzingeln uns. Die Ausländer haben ein Friedensabkommen geschlossen, aber wir, wir sterben weiter.“

Dastagir, der einen Kontrollpunkt am entgegengesetzten Ende der Stadt befehligt, an der Straße, die nach Süden nach Aliabad und darüber hinaus in die Provinz Baghlan und nach Kabul führt, bestätigt: „Es ist jetzt schlimmer als es war. Die Taliban nutzen ihren Vorteil, weil wir nur noch verteidigen. Überall in Kunduz sind sie der Stadt nähergekommen.“ (...)

Die Anwesenheit von Taliban-Kämpfern und Kontrollpunkten auf den Hauptstraßen von Kunduz war wohl die größte Veränderung für die Bewohner seit Doha.



ten ihnen die Splitter aus dem Magen operiert werden. „Es kam von der Polizeistation“, sagte Nurullah, „auch mein Haus wurde von Mörsern der Regierungstruppen getroffen und beschädigt.“ Seit

Regierung und den Wardakis. „Sie sind für junge Leute sehr zugänglich“, sagte er. Dies führe auch zu Rekrutierungen, sagte Asim, auf die sich die Taliban nach der

Laut Muhammad Yusef Ayubi, einem Mitglied des Provinzrates, kontrollieren die Taliban die Autobahn Kabul-Baghlan-Kunduz „und besteuern jedes Fahrzeug“. Alle, mit denen AAN in Kunduz sprach und die in den letzten Monaten nach Kabul oder zurückgereist waren, stimmten dem zu.

Ein Buspassagier erzählte, Taliban-Kämpfer hätten Fahrzeuge angehalten, Mobiltelefone an sich genommen, die kürzlich gewählten Nummern angerufen und versucht herauszufinden, ob derjenige mit der Regierung arbeitet. Sie suchen auch nach Salaam-SIM-Karten von der regierungs-eigenen Telekom-Gesellschaft. „Wenn sie solch eine Karte finden, bestrafen sie dich und schicken dich vielleicht ins Gefängnis“, berichtete Rashida, eine Frau aus Kunduz.

Sayed Malek, der einen kleinen Laden am äußersten westlichen Stadtrand von Kunduz betreibt, muss häufig seine Stromrechnung an die Taliban zahlen. Sogar Polizisten an den Kontrollpunkten an vorderster Frontlinie müssten das tun, sagt er, denn die Stromleitungen führen durch das Gebiet der Taliban. Sonst würde der Strom abgestellt.

Nangrahar

Seit 2015 sind die Bedingungen in Nangrahar in hohem Maße von der Präsenz der islamistischen ISKP geprägt. Selbst nachdem die Gruppe im November 2019 von Präsident Ghani in der Provinz für „ausgelöscht“ erklärt worden war, hat ihre Störung der Schlachtfelddynamik in den folgenden Jahren den Stand der Dinge seit der Unterzeichnung des Doha-Abkommens weiter beeinflusst.

In Nangrahar habe die Regierung seit Doha weiterhin Operationen durchgeführt, wie Gul Shirin, Kommandeur eines kleinen Postens der milizähnlichen Afghan Local Police (ALP) an einer Straße im Distrikt Chogjani führt, und andere regierungsnahe Kämpfer in dem Gebiet berichteten. Das ist eine Ausnahme und hat damit zu tun, dass der Krieg in Nangrahar drei miteinander verfeindete Akteure hat: die Regierungstruppen, die Taliban und den örtlichen Ableger des Islamischen Staates. In einigen Teilen der Provinz hält die Taliban-Offensive gegen den IS weiter an, den sie als ungeliebte Konkurrenten ansehen. (...)

Hamesha Gul, Familienoberhaupt aus Chogjani, hatte die Gegend einige Jahre zuvor in Richtung Surchrod verlassen,



damit seine Kinder nicht in Richtung Taliban abdrifteten. Aber dann fand er sich und seine Großfamilie ab 2018 in einer Art Niemandsland zwischen den US- und Regierungstruppen auf der einen und den Taliban auf der anderen Seite. Granaten explodierten oft mehrmals pro Woche um ihr Haus im Dorf Ibrahimchel. Einschusslöcher zieren dessen Außenwände. Aber es war ein nicht explodierter Sprengkörper, der Anfang 2018 seine Familie vernichtete. Eines seiner kleinen Kinder hatte es auf dem Weg zur Schule aufgehoben, und das Geschoss ging zuhause hoch. Hamesha Guls Schwester und drei Kinder wurden getötet, sieben weitere verletzt. Alle verloren Teile ihrer Beine.

Der 72-jährige Chairullah aus Chogjani sagt, dass seit Doha Bombenanschläge am Straßenrand und gezielte Morden an Regierungsbeamten und ANSF-Mitgliedern zugenommen hätten. Er kritisierte auch das Verhalten der Aufständischen gegenüber der lokalen Bevölkerung. „Wenn wir sie bitten, nicht in der Nähe unserer Häuser zu kämpfen, weisen sie uns zurück. Sie nehmen uns unsere Autos ab und verlangen Steuern.“ (...)

Die Sicherheit, die die Regierung bringt, hält nie lange genug an, damit die Einheimischen bereit wären, sich ihr anzuschließen. Sie wissen aus Erfahrung, dass die Regierung weder über die Kapazität noch über die Ressourcen verfügt, um die Sicherheit über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten. Chairullah, obwohl selbst Opfer einer US-Militäroperation der USA, sagt: „Sie sollten wieder

anfangen mit den Bombardierungen und Geheimdienst-Operationen.“

Der Australier Andrew Quilty lebt als freier Journalist und Fotograf in Afghanistan. Thomas Ruttig ist Mitbegründer und Ko-Direktor des unabhängigen Afghanistan Analysts Network (AAN) und arbeitet seit 1980 zu Afghanistan. Die Reportagen erschienen zuerst bei AAN, hier: <https://bit.ly/32pxi2q>

Gekürzter Abdruck mit freundlicher Genehmigung von AAN.